Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 56 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Vororte monatlich Mk. 1,25, vierteljährlich Mk. 3,75 frei Haus. Durch die Post monatlich Mk. 1,34, vierteljährlich Mk. 4,03 außer Postgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf tagsüber 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Freitag, 31. Januar

Anzeigenpreis: Hiesige Inseraten je Zeile 25 Pfg., auswärtige je Zeile 35 Pfg. — Reklamezeile 1 Mk. Rabatt nach Tarif, jedoch nur bei verlustfreier Kasse.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Um unsere Ostmark und Schlesien

Paris, 30. Januar.

Der Vertreterausschuß der Großmächte hielt zwei Sitzungen ab, die der polnischen und der tschechoslowakischen Frage gewidmet waren. Der polnische Delegierte Dmowsky erklärte: Die Polen müssen ein freies Verfügungsrecht über die Eisenbahnlinie Thorn—Danzig erhalten. Zu den Gebietsansprüchen Polens übergehend, sagte er, daß Polen das Gebiet vor der Teilung wiederzuerlangen wünsche, die Provinz Posen und Thorn inbegriffen. Außerdem wünsche es einen freien Zugang zum Meere über Danzig, der zur Sicherstellung der Verkehrsstraßen von einem Gebietsstreifen geschützt sein müßte.

Benes setzte den tschechoslowakischen Gesichtspunkt über die Zwischenfälle ausführlich auseinander, die zum Zusammenstoß der tschechoslowakischen und polnischen Streitkräfte an den Grenzen von Böhmen und Schlesien führten. Am 6. November 1918 sei zwischen den Polen und den Tschechoslowaken ein Abkommen getroffen worden, das eine vorläufige Feststellung der Grenzen vorsah. Aber am 24. Januar 1919 seien die Tschechoslowaken in den Bezirk von Teschen eingedrungen und hätten die polnischen Truppenteile zurückgedrängt.

Die Frage, wem endgiltig das oberschlesische Industriebecken zufallen solle, wurde nicht angeschnitten. Ebensowenig die von den Polen aufgeworfenen Gebietsfragen. Die Polen behaupteten, daß ihnen ethnographisch der Bezirk von Teschen zukomme, da die Polen dort 55 Prozent der Bevölkerung bildeten. Die Tschechoslowaken antworteten, daß diese Gegend für ihre Industrie wegen der Steinkohlenlager unentbehrlich sei. Die Friedenskonferenz wird in dem Streit der beiden Parteien entscheiden, die erklärten, daß sie im voraus mit dem Urteil einverstanden seien. Die tschechisch-polnischen Grenzzwischenfälle sind also nun beigelegt, und morgen werden die Vertreter der beiden Länder vor dem Ausschuß, der namens der Alliierten zur Feststellung der Lage nach Polen gehen soll, erscheinen. Er besteht aus Noulens und General Wiesel für Frankreich, Seward, Kiue und General Botha für das britische Reich, Montagne und General Romei für Italien und Lord und General Kerme für die Vereinigten Staaten.

Die Danziger Kaufmannschaft für Reichseinheit

Danzig, 30. Januar.

Eine Versammlung Danziger Kaufleute hat eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt: „Das deutsche Danzig als stets eisfreier Seehafen an der Mündung der Galizien, Polen und Westpreußen durchströmenden, durch ihre Nebenflüsse mit dem großrussischen Stromnetz verbundenen Weichsel war zu allen Zeiten der natürliche Umschlagsplatz für den Verkehr zwischen dem weiten festländischen Hinterlande bis zum Schwarzen Meere hin und dem überseeischen Auslande. Der Danziger Kaufmann richtet seinen Blick auf die Verbindung mit der Handelswelt der ganzen Erde. Aber unbestreitbar wurzelt er im Boden der deutschen Kultur und weist daher jeden Gedanken der politischen Abtrennung Danzigs von Deutschland und des Uebertritts zu einer anderen staatlichen Gemeinschaft als unerträglich und voll schwerer Zukunftsgefahren zurück. Danzigs Handel gehört der gewerbfleißigen Welt, Danzigs Boden dem deutschen Vaterlande."

Erfolge in Posen

Bromberg, 30. Januar. (Amtlich.)

Am 29. Januar wurden Grünthal, Wunschheim, Jarotschin und Groß-Samotschin von unseren Truppen genommen. Zwei Maschinengewehre, Gewehre und Munition wurden eingebracht.

Graudenz, 30. Januar.

Die freiwillige Sturmabteilung Roßbach vom Grenzschutz Ost geriet am Dienstag mit der polnischen Bevölkerung von Kulmsee bei Graudenz, wo eine Abteilung in Quartier gebracht werden sollte, in Kampf. Nach Artillerievorbereitung wurde Kulmsee im Sturm genommen. Die polnischen Verluste betrugen mehrere Tote und Verwundete. Auf deutscher Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. An die polnische Bevölkerung waren vor Ankunft der Deutschen 300 Gewehre verteilt worden. Ueber Kulmsee wurde der Belagerungszustand verhängt.

Deutsche Proteste in Spaa

Die deutsche Waffenstillstands-Kommission sah sich wieder einmal veranlaßt, gegen mehrere Verletzungen des Völkerrechts und der Waffenstillstandsbestimmungen durch die Entente Protest einzulegen. So soll die belgische Regierung beschlossen haben, alle noch in Belgien wohnhaften Deutschen zwischen 16 und 60 Jahren unverzüglich auszuweisen. Diejenigen unter ihnen, welche in den Heeren der Mittelmächte dienten oder deutschen Besatzungsbehörden Dienste leisteten, sollen sogar festgenommen und interniert werden.

Gegen die Bestimmung des Waffenstillstandes verstößt die Anordnung der französischen Regierung, welche auf den Wagenverkehr zwischen Elsaß-Lothringen und der Schweiz seit Mitte Dezember den französischen Zolltarif und das französisch-schweizerische Handelsabkommen anwendet.

Gleichfalls in Widerspruch mit dem Waffenstillstands-Abkommen steht die französische Maßnahme, durch welche die Verwaltung der Saar-Gruben gezwungen wird, an die deutschen Behörden keine Kohlensteuer mehr abzuführen. Die deutsche Kommission erhob ferner Einspruch gegen die Anordnung des Chefs der französischen Verwaltung für den Unterlahn-Kreis, der auf dem Gebiet der Zivilrechte und der Verwaltung absolute Befehlsgewalt beanspruocht, obwohl ihm nach dem Waffenstillstandsvertrag nur das Recht der Kontrolle zusteht.

Zum Schluß der Sitzung machte der Vorsitzende der französischen Kommission darauf aufmerksam, daß die deutsche Lebensmittelversorgung des linksrheinischen Gebietes seit einiger Zeit stocke. Er bat, ihm umgehend die deutschen Maßnahmen mitzuteilen, welche die Lebensmittelversorgung dieses Gebietes sichern sollen. Der Vertreter der deutschen Regierung in Spaa sagte Aufklärung zu, betonte aber, daß der Lebensmittelmangel im besetzten Gebiet wahrscheinlich auf die Verkehrssperre und die Lebensmittelbeitreibungen durch die alliierten Heere zurückzuführen sei.

Winterfeldt's endgültiger Rücktritt

In einem an Staatssekretär Erzberger gerichteten Telegramm erklärt General von Winterfeldt, daß er nach reiflicher Erwägung und nach eingehendem Vortrag bei seinem militärischen Vorgesetzten an dem Entschluß, seine Abberufung aus der Waffenstillstandskommission in Spaa zu erbitten, festhalte. Die Art der Durchführung des Waffenstillstandes durch die Alliierten habe es ihm unmöglich gemacht, seine Tätigkeit fortzusetzen. Gegenüber den Gerüchten, als sei der Grund seines Rücktrittes in einem Zerwürfnis zwischen Erzberger und ihm zu suchen, betont er mit aufrichtigem Dank, daß er bei Erzberger stets nur Vertrauen und volles Entgegenkommen gefunden habe. Daraufhin antwortete Staatssekretär Erzberger telegraphisch, daß er sein aufrichtiges Bedauern über den von General von Winterfeldt festgehaltenen Entschluß ausdrücke. Erzberger würdigte General von Winterfeldts Gründe vollkommen. Es sei ihm, Erzberger, eine angenehme Pflicht, im Auftrage der Regierung den wärmsten Dank auszusprechen. Eine spätere Zeit werde General von Winterfeldts vaterländisches und ritterliches Verhalten noch klarer hervortreten lassen als die heutigen Tage der Unruhe und Ungewißheit. Erzberger werde das vertrauensvolle Zusammenarbeiten mit ihm stets in dankbarer Erinnerung bewahren.

*

Gegen die Teilung Preußens

Die preußische Regierung veröffentlicht folgendes: Bereits in der Bekanntmachung vom 10. Dezember v. J. ist darauf hingewiesen, daß die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die preußische verfassunggebende Versammlung bestimmt werde und daß allen Versuchen, Teile von Preußen loszureißen, mit Nachdruck entgegen zu treten sei. An diesem Standpunkte hat die preußische Regierung gelegentlich der stattgefundenen Verhandlungen über die neue deutsche Reichsverfassung in vollem Umfange festgehalten. Indem wir dies zur allgemeinen Kenntnis bringen, geben wir erneut der Erwartung Ausdruck, daß die Behörden allen anders gerichteten Bestrebungen nachdrücklichst entgegentreten werden.

Schwere Schuld östlicher A.- u. S.-Räte

Der „SP.-Korrespondenz" gehen von besonderer Seite Nachrichten zu, daß die Tätigkeit der östlichen A.- und S.-Räte geradezu verderblich für unsere gesamte Ostmark werden muß. Selbstverständlich gibt es auch Ausnahmen, in denen die Einsicht für die Staatsnotwendigkeit sich zeigt. Jedoch haben vielfach A.- und S.-Räte die Bahntransporte unseres Ostschutzes behindert, haben den Aufmarsch unserer Freiwilligentruppen gestört und in unverantwortlicher Weise in den militärischen Betrieb unseres Ostschutzes eingegriffen. Sie tragen die schwere Schuld, wenn erneut Bürger nicht rechtzeitig geschützt werden können und wiederum unersetzliche Werte verloren gehen. Wir werden hierüber unter Nennung der betreffenden A.- und S.-Räte noch Tatsachen veröffentlichen.

In Posen sind von den Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgesetzt worden, darunter der Präsident der Ansiedlungskommission, Gansse. Die Verhaftung wird als Vergeltungsmaßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Czapla in Beuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon vorgestern die Festsetzung des Landeshauptmanns von Heyking in Posen vorgenommen.

Die Rheinisch-Westfälische Republik

Köln, 30. Januar.

Nach Meldungen aus Elberfeld ist die Entscheidung über die Rheinisch-Westfälische Republik nahegerückt. Die neue Staatseinheit soll Rheinland, Westfalen, Ostfriesland, Hessen, Hessen-Nassau und die Pfalz umfassen. Als Hauptstadt soll Köln in betracht kommen.

*

Räumung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen

Wien, 30. Januar.

Die Meldungen, nach denen bei den tschechischen Truppen in Deutsch-Böhmen Rückwärtsbewegungen bemerkbar werden, bestätigen sich. Die Tschechen sollen von der Entente einen deutlichen Wink erhalten haben, Deutsch-Böhmen zu räumen.

Sozialdemokratie, Militarismus und Kulturaufgaben

Die Sozialdemokraten haben unter dem „alten System" stets die schärfste Beschwerde geführt, daß in unserem „Militärstaate" zwar Geld, Raum, Licht und Luft für Soldaten und sonstige überflüssige Dinge vorhanden sei; für Kulturaufgaben, für Schule und Volksbildung jedoch sei nichts übrig. Adolf Hoffmann hat ja sogar behauptet, wenn er mir und mich nicht unterscheiden und die zehn Gebote nicht könne, so trügen die Schuld an diesem Tiefstande seiner Bildung die traurigen Schulzustände in Preußen-Deutschland. Man hätte also meinen sollen, mit dem Anbruch der sozialdemokratischen Herrschaft habe das goldene Zeitalter für unser Schulwesen begonnen. Das ist aber keineswegs der Fall; vielmehr kommen jetzt gerade die lebhaftesten Klagen über unerhört schlechte Zustände auf diesem Gebiet. „Das Schulelend der Breslauer Jugend" überschreibt die „Schlesische Zeitung" einen langen Artikel. Schon in den ersten Kriegsjahren war die Mehrzahl der Breslauer Schulhäuser für militärische Zwecke in Anspruch genommen; aber die Kinder erhielten doch beschränkten Unterricht, leerstehende Läden wurden in Unterrichtsräume umgewandelt; und allmählich besserte sich der Zustand, einzelne Schulgebäude wurden freigegeben, so daß man sich behelfen konnte. Als nun aber die „Morgenröte der Freiheit" anbrach und die Sozialdemokraten, die die „Uebergriffe des Militarismus" so wacker geschmäht hatten, die Sache selbst in die Hand bekamen, als sich der Leiter des Breslauer Schulwesens, der bisherige Fortschrittler Stadtschulrat Hacks, offen zur Sozialdemokratie bekannte — wurde es da besser? Im Gegenteil! Für die schleunige Demobilmachung sollte Platz für 200 000 Soldaten geschaffen werden. Sofort mußten nicht nur sämtliche Volksschulhäuser geräumt werden, sondern auch die Gebäude der Mittelschulen, Fortbildungsschulen und Gymnasien. Die Schüler lagen wieder auf der Straße. Der Zustand war aber jetzt schlimmer; denn die früheren Schulräume waren inzwischen anders vermietet oder in Wohnräume umgewandelt worden. Die Demobilmachung verzögerte sich; die in Aussicht gestellten Truppen kamen nicht nach Breslau, sondern wurden unterwegs bereits entlassen. Trotzdem aber wurden die Schulhäuser nicht freigegeben. Es ist Tatsache, daß einzelne dieser Gebäude seit dem 8. November ganz, von anderen ein bis drei Stockwerke vollständig beerstehen. Die Schüler hocken seit der Zeit in engen, schlecht beleuchteten und gelüfteten Noträumen, verderben sich die Augen, sind Ansteckungsgefahr ausgesetzt, haben am Tage nur wenige Unterrichtsstunden, manche nur jeden zweiten oder dritten Tag, manche, deren Leiter keine Noträume auftreiben konnten, haben seit jenem Tage überhaupt noch keinen Unterricht gehabt. Nun sind, so fährt die „Schlesische Zeitung" fort, zwar die Schulhäuser der Militärverwaltung übergeben, aber bei den bekannt engen Beziehungen zwischen dem Leiter des Breslauer Schulwesens und dem Soldatenrate würden nur wenige Worte genügen, um die Rückgabe zu erlangen. Auf die Schulhäuser hat in erster Linie die Schuljugend Anspruch, nicht das Militär. Wenn, wie berichtet wird, einzelne Kasernen übervoll sind von Soldaten, die sich nicht entlassen lassen, aber auch nicht an die Grenze gehen, sondern lieber in der Großstadt faulenzen, denen selbst das Reinigen des eigenen Gewehres als „Arbeitsdienst" bezahlt werden muß, so ist es Pflicht der Militärverwaltung, hier Platz zu schaffen und die Schulhäuser freizugeben. Nun ist zwar zugesichert worden, daß dies bis zum 31. Januar geschehen soll. Aber können dann die Schulkinder gleich einziehen? Es ist noch nicht daran zu denken. Denn die Häuser müssen erst gründlich gereinigt, desinfiziert und instand gesetzt werden. Es soll sogar der Plan bestehen, einzelne Schulhäuser in Wohnräume umzubauen, um Platz zu schaffen für kriegsgetraute Ehepaare, Flüchtlinge aus Posen usw. Dabei aber klagen die Saalbesitzer fortwährend über das Leerstehen ihrer Säle; an Raum fehlt es in Breslau also nicht.

Aehnliche Beschwerden kommen auch aus Berlin. Bei manchen Schulen ist regelmäßig nur noch das Eintreiben des Schulgeldes, so lautet die Klage der betroffenen Eltern, des Schulgeldes, das auf diese Weise eine ohne Gegenleistung auferlegte Besteuerung der kinderreichen Familienväter darstellt. In vielen Schulen liegt Militär, so daß der Unterricht entweder ganz ausfallen oder in anderen Schulgebäuden zusammengelegt, verkürzt, in ungeeigneten Stunden stattfinden muß. Während man in den Wochen der Unruhen vor dem Betreten der Straßen am Abend warnte, mußten kleine Schulkinder abends in völliger Dunkelheit den Heimweg von der Schule zurücklegen. Auch in Berlin ist man ja angeblich jetzt dabei, allmählich wieder einigermaßen für Regelmäßigkeit im Schulunterricht zu sorgen, leider gerade nun, da der verspätete Winter zu „Kohlenferien" zwingen wird. Unsere leitenden Sozialisten werden sich vermutlich nun wieder selbst sehr bedauern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901311-19/fragment/page=0001

daß ihnen auf allen Gebieten so unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen. Was aber ist der Grund der Inanspruchnahme der Schulen für das Militär in Berlin, wo doch nach früherer Ansicht der Sozialdemokraten viel zu viele Kasernen sind? Die durch die Revolution eingerissene Unordnung! Ihre Folge ist es, daß die militärischen Gebäude nicht mehr ausreichen, um die Sicherheit in der Hauptstadt aufrechtzuerhalten, und man alle möglichen sonstigen Gebäude mit Bewaffneten belegen muß! Ein hübscher Beitrag zu dem Kapitel: Sozialdemokratie, Militarismus und Kulturaufgaben!

* * *

Die internationale Sozialistenkonferenz

Bern, 30. Januar.

An der internationalen Sozialistenkonferenz nehmen von den deutschen Mehrheitssozialisten teil: Hermann Molkenbuhr, Hermann Müller und Otto Wels, als Vertreter der Unabhängigen Karl Kautsky. Infolge einer Interpellation des lettischen Delegierten Sejo gab der deutsche Delegierte Hermann Müller die Erklärung ab, daß, wenn überhaupt heute noch deutsche Truppen in Lettland wären, dies nur darauf zurückzuführen sei, daß dies der einzige Rückzugsweg der noch in der Ukraine stehenden deutschen Truppen nach der Heimat sei. Im übrigen denke Deutschland nicht daran, Anspruch auf irgendwelche lettischen Gebiete zu erheben.

Branting betonte darauf, daß diese Erklärung Müllers wichtig sei.

Zur elsaß-lothringischen Frage bemerkte Krumbach, daß er hierzu in der Plenarsitzung eine Erklärung abgegeben haben werde, daß er jedoch einen Zusammenhang zwischen dieser Frage und der des Saargebietes und des linken Rheinufers anerkenne.

Der deutsche Delegierte Wels erwiderte darauf, daß er hierin verschiedene Fragen sehe, und daß das Saargebiet und das linke Rheinufer unbedingt als Bestandteile des deutschen Staates zu betrachten seien.

Mittelalterliche Grausamkeit der Franzosen

Wiederholt mußte während des Krieges auf die schändliche Gepflogenheit der Franzosen hingewiesen werden, widerstrebende deutsche Kriegsgefangene durch Anlegen von Daumenschrauben zu quälen. Diese an die Folter des Mittelalters erinnernde grausame Marter war zwar in den französischen Kolonien stets beliebt, wurde aber im Weltkrieg zum Hohn aller Kultur in einzelnen Fällen deutschen Kriegsgefangenen gegenüber angewandt. Der folgende Bericht eines neutralen Delegierten gibt über eine neue Völkerrechtsverletzung dieser Art Aufschluß:

„Dem Soldaten W. Sch. vom Hauptdepot Carpagne wurden im Juli 1917 auf dem Kommando Mal-Roche bei Rennes Daumenschrauben zu den Gendarmen angelegt, als er sich weigerte, in die Gefängniszelle einzutreten. „Die Daumenschrauben", heißt es in dem Bericht, „waren nicht sehr stark angezogen, so daß er in der Zelle ohne Schwierigkeiten seine Daumen herausziehen konnte. Später hat der Feldwebel des Kommandos ihm die Daumenschrauben wieder angelegt, und zwar derart, daß er die Schrauben fest anzog, während der Gendarm ihm sagte, daß es nicht nötig sei, die Daumenschrauben fest anzuziehen. So wurden die Daumenschrauben sehr stark angezogen und während 12 Stunden beibehalten. Der Schmerz war sehr groß, und die Daumen waren angeschwollen und wund. Die Blasen brauchten drei Wochen zur Heilung. Jetzt zeigen die Daumen des Sch. keine Spur von den Daumenschrauben mehr, auch keine Narben." Der Bericht schließt mit den Worten: „Sch. wollte nicht in die Zelle eintreten und hat Widerstand geleistet, weil er die Zelle schlecht gelüftet und unhygienisch fand. Er erklärte, man solle ihr in eine andere Zelle bringen."

Wegen der Anwendung von Daumenschrauben gegen einen deutschen Kriegsgefangenen hat auf Grund des vorliegenden Berichtes die deutsche Regierung Einspruch bei der französischen Regierung erhoben und um strenge Bestrafung der Schuldigen nachgesucht.

Wilson verläßt zeitweilig Frankreich

Paris, 28. Januar.

„Petit Parisien" glaubt zu wissen, daß die Delegierten der kleineren Mächte mit Bezug auf ihre Vertretung in den Kommissionen für den Völkerbund und für die Häfen und internationalen Wasserstraßen befriedigt werden würden. Nach dem „Matin" wird Wilson, um seine Botschaft vor dem Kongreß verlesen zu können, Frankreich um den 22. Februar herum verlassen und fünf Wochen später wieder zurückkehren. Die Arbeiten der Konferenz werden durch diese Reise nicht unterbrochen.

Die Deckung der Reichsbedürfnisse

Berlin, 30. Januar.

Die am 28. Januar in Weimar begonnenen Verhandlungen des Reichsschatzamtes mit den einzelstaatlichen Finanzministern sind am 29. Januar fortgesetzt und zu Ende geführt worden. Sie haben eine völlige Uebereinstimmung dahin ergeben, daß die Deckung der dringenden Bedürfnisse des Reiches allen andern vorangehen müsse, daß aber in dem hierdurch gegebenen Rahmen den Einzelstaaten die zur Erfüllung ihrer wichtigen Kulturaufgaben notwendige finanzielle Bewegungsfreiheit zu erhalten sei. Unter diesen Gesichtspunkten wurde das gesamte Gebiet der Finanzen in seiner Bedeutung für Reich, Staat und Gemeinden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Die vertrauliche und unverbindliche Aussprache war so reich an Aufklärungen und Anregungen, daß von den Teilnehmern der Wunsch nach häufiger Wiederholung solcher Veranstaltungen sehr lebhaft geäußert wurde. Das Reichsschatzamt sagte die Erfüllung dieses Wunsches zu.

Deutschnationale Volkspartei

Neue Ortsvereine oder Ortsgruppen bildeten sich in Halle i. Westf., Kreisgruppe, Brockhagen, Kr. Halle i. Westf., Borgholzhausen i. Westf., Steinhagen, Hörste i. Westf., Werther i. Westf., Bockhorst i. Westf., Versmold i. Westf., Battenberg Bez. Kassel, Korbach (Waldeck), Wildungen, Eschwege, Frankenberg (Hessen), Fulda, Gersfeld (Rhön), Hofgeismar, Homberg Bez. Kassel, Marburg, Nanau, Rothenburg a. Fulda, Kreisgruppe Schlüchtern, Spangenberg Bez. Kassel, Trendelburg, Treysa Bez. Kassel, Witzenhausen, Wolfhagen Bez. Kassel.

Unterdrückung „reaktionärer" Beamter?

Berlin, 30. Januar.

Am 28. Januar nahm der Zentralrat einen Vortrag des Staatssekretärs Koeth über die Wirtschaftslage entgegen und beriet über den Entwurf eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt (Verfassungsentwurf).

Am 29. Januar verabschiedete der Zentralrat eine Vorlage über Aenderung der Militärstrafgerichtsordnung und ein Gesetz über Schädlingsbekämpfung. Er beschloß ferner, über die Ersetzung reaktionärer Beamter durch andere vom freiheitlichen Geist durchdrungene Personen mit den Volksbeauftragten Rücksprache zu nehmen.

Die Sozialisierungskommission erstattete dem Zentralrat einen gemeinsamen Sitzungsbericht. Es wurde festgestellt, daß die Kommission dauernd gegen große Widerstände anzukämpfen hat, deren Beseitigung vom Zentralrat für dringend erachtet wurde.

Truppen nach Bremen

Berlin, 30. Januar.

Die Reichsregierung hat sich genötigt gesehen, zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Bremen eine Truppenabteilung dorthin zu entsenden. Die ersten Truppenzüge sind bereits bei Bremen eingetroffen. Die Stärke der für sonstige Zwecke bereitgestellten Truppen erfährt infolge des starken Zustroms von Freiwilligen keine Verminderung.

Die Besetzung Kehl's

Kehl, 30. Januar.

Nachdem bereits gestern abend der Bahnhof und das Postamt durch französische Wachtposten besetzt waren, ist heute das Gros der französischen Besatzungstruppen um 8 Uhr vormittags in Kehl eingerückt und hat die Umgebung von Kehl entsprechend den in der Verlängerung des Waffenstillstandsvertrages festgesetzten Linien besetzt. Der Eisenbahn-, Post- und Fernsprechverkehr ruht.

Dänische Gelüste

Christiania, 29. Januar.

„Morgenbladet" gibt den einen dänischen Fühler enthaltenen Vorschlag wieder, ob Flensburg vorübergehend unter eine neutrale Kommission gestellt werden solle, zwecks Abstimmung in der Stadt. Ein anderes Blatt teilt Auslassungen über die Möglichkeit einer norwegischen und schwedischen Besatzung mit.

Auf die Erklärung der dänischen Regierung über die nordschleswigische Frage veröffentlicht der Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig eine längere Antwort, in der unter Anerkennung des ruhigen und sachlichen Tones der Erklärung ein Einverständnis mit verschiedenen dänischen Forderungen festgestellt wird. Mit besonderem Nachdruck wiederholt der Ausschuß seine Forderung, daß den Dänen Nordschleswigs für Versammlungen, Gesuche und womöglich Abstimmung volle Freiheit gewährt werden müsse, betont aber ebenso entschieden, daß diese Freiheit entgegen den Behauptungen der dänischen Presse bisher durchaus nicht beschränkt worden sei.

Die Lebensmittelzufuhren

Berlin, 29. Januar.

Der Zentralverein der Reeder teilt mit, daß heute in eingehenden Beratungen zwischen der Vertretung der Deutschen Reedereien und den Vertretern sämtlicher seemännischer Berufsverbände eine Einigung über die Lohnsätze erzielt worden ist, die eine ungestörte Zufuhr von Lebensmitteln für das deutsche Volk ermöglichen soll. Als Beispiel sei erwähnt, daß Vollmatrosen außer freier Verpflegung gegen eine vor dem Kriege bezahlte Heuer von 70 Mark nunmehr eine Monatsheuer von 220 Mark für die transatlantische Fahrt angebilligt worden ist. — Da werden die Lebensmittel, die wir einmal (?) erhalten werden, entsprechend hoch im Preise sein.

Wir armen Deutschen

Amsterdam 30. Januar.

Der politische Mitarbeiter der „Daily Mail" schreibt: Der neue Staatssekretär des Innern Shortt ist damit beschäftigt, eine Gesetzvorlage vorzubereiten, durch die die Einwanderung von Deutschen nach England nach dem Friedensschluß verhindert werden soll, da die jetzigen Befugnisse der Regierung gegenüber den feindlichen Untertanen mit dem Kriege aufhören.

Aus der Republik Braunschweig

Ueber die Zustände in Braunschweig wird uns geschrieben: Unsere Kultusministerin, Frau Foßhauer (nicht Fostenhauer) kommt nach einigen Tagen, nachdem sie ins Ministerium eingezogen ist, zu einem Assessor und erzählt ihm, daß sie jetzt Unterricht im Rechtschreiben und „in die Orthographie" habe; und sagt: „wissen Sie, bes mit die Ortographie is gar nicht so schwer, wie das mit dem mir und mich ist, habe ich mich jetzt gemerkt." Dieselbe Dame, ehemals Hausmädchen, zuckte Verschkrau, kommt zum Oberschulrat Br. und erklärt: „Von heute ab gibt es keine Religion mehr, meinen Intendanten, der das mit Sie besprechen wird, habe ich gleich mitgebracht." Sie war der Meinung, daß dem betreffenden Oberschulrat auch das Herzogliche Theater unterstände.

Aufsitz Merges, ehrsamer Flickschneider, jetzt Präsident, ruft eines Tages in einer großen Fabrik an und es entwickelt sich folgendes Gespräch: „Hier Präsident Merges." „Hier Automobilfabrik X." „Kann ich wohl den Schlosser Tappe sprechen?" „Jawohl, den muß ich aber erst holen lassen." Also Herr Tappe erscheint am Apparat. „Hier Tappe." „Tag Heinrich." Nun hört man Tappe immer sagen „nein Aufsitz, das kann ich nich, dazu bin ich zu dumm, ach, laßt mich man zufrieden, davon verstehe ich nichts" usw. Schließlich: „Na, denn warte mal 'nen Augenblick." Und Herr Tappe fragt den Fabrikbesitzer: „Herr X., ich soll durchaus Polizeipräsident werden, was meinen Sie dazu, das kann ich doch nicht, aber Merges meint, ich soll unter allen Umständen ja sagen." „Na", sagt Herr X., „dann tun Sie's nur." „Aber, nehmen Sie mich denn wieder, wenn ich dort hinausgeworfen werde, denn lange kann das ja nicht dauern?" Nach dem Herr X. ihm dann versprochen hat, ihn wieder anzustellen, wenn es mit der Herrlichkeit zu Ende, erklärt sich Herr Tappe bereit, und ist heute noch in Braunschweig Polizeipräsident.

Solche und ähnliche Anekdoten gibts viele, traurige Zeichen unserer traurigen Zustände, das traurigste aber, daß ein Assessor im Ministerium sitzt, naher Verwandter eines früheren Ministers, der, um die Konjunktur auszunutzen, jetzt rechte Hand des Herrn Merges ist. Frau Merges, Logenschließerin in Brüninges Sozialbau, hat ihr Amt noch nicht aufgegeben, denn sie kennt ihren Mann, bislang hätte sie ihm immer ernähren müssen, da seine Berufe nichts gewesen seien, so würde wohl auch mit diesem Beruf das Ende nicht mehr fern sein. Sie kennt ihn. Und was sie sagt, das wollen wir von ganzem Herzen hoffen!

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten

Das Licht im Sumpf

47] Roman von Luise Westkirch

Eva kehrte sich hastig um. „Sein Braut? — Wie weißt denn, daß er ein Braut hat?"

Nedderbrink lachte. „Andernfalls würde er das so hille nich haben, zu uns Fünthauseners zu kommen. Gans flink will er freien, haben mir die Herren in Bremen gesagt. Aber da um, im Fall du ihn aus gutem Herzen die Beistückens bis zu sein Hochzeit belassen willst — es sind dein eigene. Ich will dir nich zuwider sein."

Er gab Gretchen noch einige Anweisungen. Dann verließ er das Schulhaus.

Eva hatte sich auf eine der Bänke gesetzt. Wieder eine zerronnene Hoffnung, zerronnen, ehe sie noch Form angenommen hatte. Ein Zauber, ein Fluch war's, ein unheimliches, unbegreifliches Rätsel. War sie nicht stattlich? — War sie nicht reich? — Alle Dirnen ihres Alters fanden ihren Freier, arme, unansehnliche, törichte sogar. Nur ihr zerrann jede Aussicht. Von den vielen, die sie geworben hatten, blieb als letzter, einziger — Gerd Cliver. Das heißt, blieb er wirklich? Der Blick gefiel ihr nicht, mit dem er vorbin über sie weg auf Malle geschaut hatte — gar nicht die Erregung, die ihn ergriffen hatte bei ihrer Erzählung von Malles Zusammenkunft mit ihrem Bruder Hilmer. Immerhin, mit Malle Hendersen würde sie, Eva Jansen, den Kampf doch wohl noch aufnehmen können, selbst wenn sie nicht die Bäuerin auf dem Jansenhof gewesen wäre. Nur rasches Zugreifen galt's. Warum nur hatte sie gezaudert, als Gerd in Leidenschaft um sie warb? — Närrin, die sie war! Nun würde sie die erste Gelegenheit ergreifen zu klarer, unwiderruflicher Entscheidung. Denn loskommen wollte sie von Nedderbrinks Bevormundung, Frau sein, Herrin sein endlich auf ihrem Eigen! Kein Preis dünkte ihr zu hoch für dieses Ziel.

Als Nedderbrink aus dem Schulhause trat, stand er plötzlich vor Gerd. Auch dieser hatte mit Unruhe das scheinbar grundlose Steigen des Wassers beobachtet. Dem Vorsteher war die Begegnung nicht lieb. Er hätte Gerd gern sach: aus der Kolonie gedrängt. Aber ungern maß er sich mit ihm in Worten. Er mußte doch auf Gerds Gruß danken. An die Vorgänge in der Gemeindeversammlung mochte er nicht rühren.

„Feines Erntewetter," sagte er, Unbefangenheit heuchelnd. „Wir können unsren Roggott nich dankbar genug sein. Du hast dein Roggen all in Hocken stehen. Un ohne einen einzigsten Knuch: zur Hilfe! Hut ab, Gerd Cliver. So was mag ich leiden."

„Das Wetter will umslagen, Vorsteher."

„So — meinst das?"

Gerd wies auf die graue Wand im Südwesten. „Dr müssen all swere Unwetters an anderen Orten niedergegangen sein. Das Wasser in'n Kanal steigt un steigt."

„Tja, denn müssen wir ihm lassen, Cliver. Wassers steigen, wie Gott will." Nedderbrink wollte vorübergehen. Ihm ahnte, was kommen würde.

„Die Wassers in'n Kanal recken well ihren Weg," sagte Gerd ihn festhaltend. „In dem toten Arm der Wümme aber stoken sich die Fluten in den vielen Windungen. Un mein Roggen steht dr mitten in. Ich kann ihn ohne Hilfe nich rechtzeitig bereinkriegen. Kommt dr ein Unwetter, denn so swemmen die Wassers mein ganze Ernte weg. Da um sprach' ich dich an, Vorsteher. Stell das Wümmewehr binten bei den Wiese auf, damit daß die Wassers einen Abfloß kriegen für den slimmsten Fall."

Nedderbrink legte die gekrümmte Hand an sein Ohr. — „Was sagst dr?! — Das Wehr? — Das Wehr bei mein Wiese? — Auftreffen soll ich das? Unter so'n Umständen? — Das meinst woll nich in'n Ernst."

„Im vollen Ernst mein' ich's, ja, ich bin das verlangend. Das geht um mein ganze Ernte, Nedderbrink."

„Wie du dr wieder aufbraust, Gerd Cliver! Ich denk', du weißt, daß ich dich gern gefällig bin. Aber Henze hat dr Roggen stehen un mein is auch gefnitten. Sollen wir Fünthauseners alle unsren Roggen wegswemmen lassen, damit deiner man bleibt?! — Das kannst von den Vorsteher von der Kolonie nich verlangend sein."

„Für irgendein andern besteht dr nahsten kein Gefahr," widersprach Gerd. „Das Wasser in'n Kanal tritt swerlich über, un von der Wümme siegen erst Aeckers weit ab. Für mich hingegen geht das um Haus un Hof. Wenn das Wasser mein Ernte wegswemmt gleich in'n ersten Jahr, wie soll ich denn Löwenstein mein Zinsens bezahlen?"

Nedderbrink lächelte unmerklich. Es kam also, was er erhoff'st! Es kam rascher, als er geglaubt hatte. Er zuckte die Achseln.

„Tja, Cliver, ich hab dich von Anbeginn abgeraten, dein Hof anzunehmen, ein Stück Land ohne Bargeld. Du hast auf mein Rat nich hören wollen, hast dich halbdig eingericht't. Da kann ich nich für. Mir darfst kein Vorhaltung machen."

„Ich bin ja nir verlangend, als daß du das Wehr aufstellst un den Wassers ein Abzug vergönnst, zwei, drei Stunden lang man."

„Es is mich leid. Ich hab' dich mein Gründens gesagt. Das Wehr bleibt dr geschlossen."

Das Blut schoß Gerd wieder heiß zu Kopf. Mit einem Blick tiefster Verachtung sah er auf Nedderbrink.

„Ich hätt's ir voraus wissen können," sagte er zwischen den Zähnen. „Oder nee, das hab' ich doch nich gewußt, daß du die Kuraische hättest, mich mit Fleiß un Vorsatz zum Bettler zu machen."

Er wandte sich kurz ab. Er wagte nicht länger zu bleiben. Er fühlt e, beim nächsten Wort würde er sich auf Nedderbrink stürzen. Und er rang gegen den Jähzorn, das alte Clivererbteil. Leute, denen das aufwallende Blut Purpurvorhänge vor die Augen zieht, werden hilflos wie Blinde in den Händen kaltblütiger Schufte. Seine Feinde aber sollten ihren Willen nicht haben.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901311-19/fragment/page=0002

ungersnot und Klassenrationierung!

Unsere Revolutionsregierung veröffentlicht jetzt geradezu erschreckende Zahlen über die Folgen der Unterernährung in Deutschland. Mehr als 500 000 Todesfälle sind bis Ende 1918 lediglich auf die Ernährungsschwierigkeiten zurückzuführen, und die verhängnisvollen Folgen machen sich auch in der kommenden Zeit noch weiter fühlbar machen. Letzteres ist leider nur zu wahr. Denn durch mit der Revolution eingerissene Unordnung und Zuchtlosigkeit ist die Volksernährung jetzt allmählig zusammengebrochen, daß wir für die nächsten Monate vor einer Hungersnot stehen. Selbstverständlich haben die Schwerstarbeiter unter den Schwierigkeiten die Mittelschichten gelitten, denen keine Kriegsgewinne und keine besonderen Lebensmittelzulagen zur Verfügung standen. Das weiß die Regierung sehr wohl und trotzdem bleibt sie dabei, einige Kategorien besser zu bedenken. Mit „artigen Kindern" wird alles genommen, um die Aufhetzer und Unruhstifter stillzufüttern. So haben die unabhängigen Bergarbeiter in Oberschlesien eine Bevorzugung in der Fettversorgung erzwungen, die sicherlich auch nicht zufriedengestellt hat. Und jetzt liest man mit Befremden in dem Bericht über die Waffenstillstandsverhandlungen, daß auch die nun so oft als Rettung unser Volk in Aussicht gestellte Lebensmittelzufuhr Wilsons nicht dem gesamten deutschen Volke zugute kommen, sondern wieder zur Klassenrationierung zugunsten von bestimmten Arbeiterkreisen dienen soll. Es ist jetzt, nachdem man das deutsche Volk solange mit Hoffnungen auf diese amerikanische Hilfe hingehalten hat, es schade sich um eine „Notaushilfe", die „zu einer allgemeinen Aufbesserung der Ernährung in keiner Weise ausreicht", sondern nur um Lebensmittelsendungen „für Kranke, Kinder, werdende und stillende Mütter und ähnliche besondere Arbeiterkategorien", die die gepflegten Frauen des Mittelstandes können weiter in Unterernährung dahinsterben, wenn nur die verhätschelten Schoßkinder des Sozialismus, die „Arbeiter" im sozialdemokratischen Sinne neue Begünstigungen einheimsen! Das ist das gleiche Recht für alle im Revolutionsstaat!

Der Preußenzertrümmerer Preuß

Höchst merkwürdige Vorgänge bei den Preußenwahlen lassen sich an den Namen des durch seinen Entwurf zur Zertrümmerung Preußens in weiteren Kreisen bekannt gewordenen Staatssekretärs des Innern Preuß. Dieser Herr ist der Vertreter der Demokratischen Partei in der Revolutionsregierung und war von den Demokraten auf ihre Berliner Kandidatenliste an zweite Stelle gesetzt, so daß also mit seiner Wahl in die Deutsch. Nationalversammlung bestimmt gerechnet wurde. Der Verfassungssturm, der sich gegen den Preußischen Zerstückelungsentwurf in ganz Preußen erhob, und der Austritt namhafter Politiker, selbst Abgeordneter, aus der Demokratischen Partei wegen dieses empörenden Anschlags auf unser ruhmreiches Vaterland veranlaßte dann aber eine schleunige Gegenaktion. Eine Kundgebung von „Vertrauensmännern der Fortschrittlichen Volkspartei" sprach die „Erwartung" aus, Preuß werde die auf ihn fallende Wahl nicht annehmen. Damit sollten die Wählern die Bedenken genommen werden, ihre Stimmen für die Liste mit dem Namen des Herrn Preuß abzugeben. Nachdem aber auf diese Weise zum Wahltage etwas Beruhigung geschaffen war, las man dann mit dem Wahlergebnis in der Demokratischen Presse die Erklärung, Staatssekretär Preuß denke nicht daran, diesem Wunsche einer ihm unbekannten Instanz Folge zu leisten". Da das Wahlmanöver geglückt ist, glaubt man also die Rücksicht auf die heterländischen Gefühle der Wähler fallen lassen zu können. Freilich wird Herr Preuß ein Pfahl im Fleische der Demokratischen Partei bleiben. Schon haben seine eigenen politischen Freunde in der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung einen lebhaften Protest gegen seinen Entwurf erhoben; gegen den Vorschlag des Staatssekretärs Preuß auf Zerstückelung Preußens und Isolierung Groß-Berlins als besonderer Republik müsse man sich als verhängnisvoll mit aller Kraft wehren; so lehnten die Antragsteller und ihnen zustimmend Oberbürgermeister Dominius, der Führer der Schöneberger Demokraten. Auch der Protest wurde mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen. Wie lange Herr Preuß unter diesen Umständen in der preußischen Nationalversammlung als Vertreter der Demokratischen Partei sitzen kann, bleibt abzuwarten. Der einzige Trost für die Demokratie ist, daß es den Unabhängigen gelang, die Wahl Adolf Hoffmanns durchzusetzen; vor solchen Ruhm wird selbst der des Zertrümmerers Preuß erbleichen.

Englische Tyrannei und Schamlosigkeit

Aus der Zeitschrift „Chugai" veröffentlicht „The New East" folgende Ausführungen des japanischen Nationalökonomen d. Tokugo Fukuda von der Keio-Universität, der in München und Leipzig studiert hat: Nach meiner Ansicht ist ein Sieg der englischen Waffen nicht wesentlich für den dauernden Frieden und die Sicherheit der Zukunft. Ich bin der Ansicht, daß eine Einbuße Englands an Prestige nicht notwendig einen Verlust in irgendwelcher Form oder Gestalt für die Welt im allgemeinen bedeutet. Ich bin außerdem der Ansicht, daß die englische Drohung zweifach und dreifach größer ist als die deutsche. Die Geschichte ist überreich an Beispielen englischer Tyrannei. Ueber die Schädlichkeit des englischen Kommerzialismus ist man sich ebenso einig wie über die Räubereien, die die Engländer in der Vergangenheit überall auf den Meeren begangen haben. Wir sollten das Gespenst der deutschen Drohung aus unseren Köpfen verjagen: es läßt sich kein einziger Fall anführen, wo Japan unter deutschem Angriffsgeist gelitten hätte. Zugegeben, daß Deutschland bei der berühmten Intervention der drei Mächte den ersten Schritt tat, so verbleibt doch die Gefahr von seiten des Teutonenlandes neben der englischen Schamlosigkeit. Wovor sich Japan hüten sollte, das sind England, Rußland und Amerika, nicht Deutschland. Und was für Japan gilt, gilt für die ganze Welt. Ich wünsche die Fortdauer des englischen Wohlstandes. Ich erkenne zu viele starke Eigenschaften der Engländer an, als daß ich alles Englische verfeinern möchte. Aber das darf uns nicht blind für die Tatsache machen, daß die Engländer uns bisher unbarmherzig ausgebeutet haben und fortfahren werden, es zu tun.

Halle und Umgebung

Halle, 31 Januar

Staats- und Kommunaldemokraten

Mit dem hiesigen Demokratenblatt, der „Saalezeitung", deren Unzuverlässigkeit in der Berichterstattung wir wiederholt nachgewiesen haben, müssen wir uns leider wieder einmal befassen. In ihrem Bericht über die öffentliche Sitzung des Bürgerausschusses Halle sagte sie am Mittwoch abend u. a.: „Die Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit auf dem Stadthause in Halle könne nur durch eifrigste Arbeit der bürgerlichen Parteien und regste Anteilnahme der gesamten bürgerlichen Bevölkerung vorgebeugt werden." Am Donnerstag abend aber schreibt das Blatt wörtlich: „Uns ist nichts davon bekannt", daß die sogenannten Kommunaldemokraten im Bürgerausschuß „für eine Einigung aller nichtsozialdemokratischen Parteien eingetreten" wären. Es dürfte der „Saalezeitung" schwer werden, einen solchen Widerspruch aus Vergeßlichkeit herleiten zu können. Das würde schon deshalb nicht angängig sein, weil das Blatt hinterher selbst diesen Widerspruch bemerkt hat und nun versucht, ihn dadurch zu beseitigen, daß es die am Mittwoch abend geforderte „eifrigste Arbeit der bürgerlichen Parteien" am Donnerstag abend nur auf „Berufsorganisationen, Bürgervereine usw." bezogen wissen will. Damit würde der „Gefahr einer sozialdemokratischen Mehrheit auf dem Stadthause in Halle" keineswegs „vorgebeugt werden". So einfach ist es für die „Saalezeitung" nun denn doch nicht, sich aus der selbstgelegten Schlinge zu befreien. Das weiß das Blatt auch sehr wohl und hat sich deshalb durch die großartige Wendung „und so weiter" die nötigen Hintertüren gelassen. Es ist dem Blatt außerordentlich peinlich, offen zugeben zu müssen, daß in der Sitzung des Bürgerausschusses in die „gesamte bürgerliche Bevölkerung" auch die Deutschnationale Volkspartei einbezogen worden ist; da der Sitzungsbericht aber innerhalb 24 Stunden doch unmöglich von der Leserschaft vergessen sein kann, wird das durch die Worte „usw." verschämt angedeutet. Wenn übrigens ohne Bezug auf die Verhandlungen im Bürgerausschuß und ganz an sich betrachtet — die „Saalezeitung" erklärt, ihr sei „davon nichts bekannt", daß für die Hallenschen Kommunalwahlen eine Einigung aller nichtsozialdemokratischen Parteien von demokratischer Seite versucht wird, so ist das Blatt in der Tat sehr schlecht unterrichtet, oder aber es stellt sich noch unwissender, als es in Wirklichkeit ist. Man müßte eigentlich annehmen, daß ihm bekannt wäre, wie führende demokratische Parteigrößen Halles geschäftig in deutschnationalen Kreisen über ein Zusammengehen aller bürgerlichen Parteien bei den Kommunalwahlen sondieren. Aber es ist ja auch leicht möglich, daß die „Saalezeitung" tatsächlich nicht darüber unterrichtet ist, was in ihren eigenen Reihen vorgeht.

Nicht minderes Interesse beanspruchen jene Auslassungen des demokratischen Parteiorgans, in welchen dargetan wird, mit welchem Verständnis unser Artikel „Staats- und Kommunaldemokraten" (Nr. 54 der „Hallenschen Zeitung") in der Redaktion der „Saalezeitung" gelesen worden ist. Diese schreibt folgenden Satz: „Die vermeintlich ausgestreckte Hand (schon das ist falsch: die Hand ist nicht vermeintlich, sondern tatsächlich für die Kommunalwahlen ausgestreckt worden! Die Red. der H. Z.) wird nicht etwa freudig ergriffen, wie das zu tun eine geschlagene Partei alle Ursache hätte, sondern sie wird mit Hohn und Spott zurückgewiesen!" Wir wären der „Saalezeitung" dankbar, wenn sie durch wörtliche Anführung desjenigen Teils unseres Artikels, in welchem wir die ausgestreckte Hand zurückgewiesen haben sollten, ihre Behauptung beweisen wollte. Da sie das nicht sogleich getan hat, mußte doch der Verdacht auftauchen, daß ihre Behauptung nicht beweisbar wäre. Tatsächlich findet sich dann in unserem Artikel auch kein Wort und keine Wendung, mit denen die behauptete Zurückweisung begründet, oder aus denen sie auch nur indirekt gefolgert werden könnte. Wir haben in unserem Artikel (in Nr. 54 der H. Z.) die „ausgestreckte Hand" weder freudig ergriffen, noch mit Hohn und Spott zurückgewiesen, sondern einfach den Tatbestand registriert: wie die Hallenschen Demokraten sich bei den Nationalwahlen verhalten haben und welche Haltung sie bei den Kommunalwahlen einzunehmen gedenken. Wenn in dem hiesigen demokratischen Parteiorgan allein schon aus solcher Gegenüberstellung das Gefühl von Hohn und Spott auf gegnerischer Seite geweckt wird, so kann der Grund hierfür nur in dem demokratischen Parteiorgan selbst liegen: die Haltung der Hallenschen Demokraten ist eben so grotesk, daß solche Gefühle in einem schamhaften Gemüt nur erstehen können. Daß sie aber entstehen, dafür kann doch nicht derjenige verantwortlich gemacht werden, der ausspricht, was ist, sondern nur diejenigen, die angerichtet haben, was ist: ist. Wenn also die „Saalezeitung" durch das Gefühl von Hohn und Spott auf gegnerischer Seite geplagt wird, so ist damit auch das schlechte Gewissen dieses Blattes erwiesen, das es in bezug auf seine eigene politische Haltung hat. Schlecht verdeckt ist auch der Aerger des Blattes bezüglich der Charakterisierung der Kommunaldemokraten durch uns. Das Demokratenblatt hat mit keinem Wort versucht, für die Haltung der Kommunaldemokraten eine andere Motivierung anzuführen, als sie von uns gegeben wurde. Das ist schließlich auch nicht möglich, denn die Demokratenband wird jetzt doch nur zu dem alleinigen Zweck ausgestreckt, um die eigene privatwirtschaftliche Position durch die Sozialdemokratie nicht unmittelbar gefährden zu lassen. Wo es sich um die größten nationalen Interessen im Reich und Bundesstaat handelte, also um Dinge, die man nicht messen, zählen und wiegen kann, die aber für das deutsche Volkstum und den deutschen Staat von weittragendster Bedeutung sind, da wurde das von deutschnationaler Seite angebotene Zusammengehen durch Listenverbindung von der Demokratischen Partei abgelehnt; wo es sich aber um persönlichen wirtschaftlichen Profit handelt, da sind die Deutschnationalen gut genug, den internationalen Demokraten aus der Bedrängnis zu helfen. Weiß die „Saalezeitung" für die Kennzeichnung einer solchen Handlungsweise der Demokraten ein treffendes Wort anzuführen, als das von uns wiedergegebene Wort Shylocks? Es bleibt dabei, was wir seinerzeit bei Ablehnung des Listenverbindungsangebots durch die Demokratie bei den Nationalwahlen schrieben: Die Demokratische Partei, und nur sie, hat dadurch Verrat am Bürgertum begangen!

Soweit unsere formelle Entgegnung auf die Ausführungen der „Saalezeitung" und das Vorgehen der Hallenschen Demokraten. Unsere sachliche Stellungnahme zu einem eventuellen Zusammengehen des gesamten Bürgertums bei den Kommunalwahlen wird dadurch in keiner Weise berührt. Wir behalten uns vor, darauf zurückzukommen.

Die Forderungen der Künstler

Die Theatervorlage im Haushaltsausschuß.

Dem Magistrat sind am 30. November von den Ortsgruppen Halle a. S. des Wirtschaftlichen Verbandes vortragender Künstler, der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, des Chorsänger- und Ballett-Verbandes und des Orchester-Verbandes die Forderungen überreicht worden, die in 8 Punkten gipfeln und deren wesentliche folgendes besagen:

1. Verpflichtung der Theaterleitung, nur organisierte Mitglieder zu engagieren;
2. Einführung ganzjähriger Verträge mit vier- bis sechswöchentlichen Ferien bei vollen Bezügen für das gesamte Personal;
3. Bezahlung der Doppel-Vorstellungen mit ½ Tagesgage;
4. Mindestgehälter (für Solisten 350 Mk., für die Chormitglieder, das Ballett und das Orchester 300 Mk. monatlich);
5. Gehaltsaufschläge für das darstellende Solopersonal mit rückwirkender Geltung vom Oktober v. J. ab (beispielsweise bei einer gegenwärtigen Gage von 400 Mark für die Zeit bis 1. 12. 18 = 60 Proz., bis 1. 12. 17 = 50 Proz., bis 15. 4. 18 = 25 Proz., bis 31. 8. 18 = 20 Proz.), für Kapellmeister und Balletmeister und für Bürovorstände, Inspizienten und Souffleure. Die Erhöhung der Gage soll in keinem Falle den Monatsbetrag von 200 Mark übersteigen und nicht weniger als 50 Mark monatlich betragen, sofern die Verträge bis 31. August d. J. abgeschlossen waren.
6. Ergänzungen des aufzufüllenden Personals, möglichst durch Künstler, die während des Krieges eingezogen waren.
7. Gründliche Revision sämtlicher Theaterverträge einschl. des Pachtvertrages unter Vorsitz des hiesigen neugebildeten Rates geistiger Arbeiter.

In der Begründung der Vorlage führt der Magistrat aus, daß Theaterdirektor Sachse diese Forderungen, soweit sie ihn und die Stadt gemeinsam angehen, warm befürwortet. Den finanziellen Forderungen selbständig zu entsprechen, ist er bekanntlich auf Grund des Theater-Pachtvertrages außer Stande. Der Gesamtbetrag der zur Erfüllung der Forderungen erforderlichen Mehraufwendungen bei ganzjährigen Verträgen würde ausschließlich des bisherigen Zuschusses von jährlich 200 000 Mark annähernd 240 000 Mark betragen. Selbstverständlich kann bei derartigen Leistungen kein Theaterdirektor den Betrieb wirtschaftlich aufrecht erhalten. Dasselbe trifft auch — wie die Vorlagen ausführen — für die Stadt zu, wenn sie sich etwa entschlösse, den Theaterbetrieb in eigene Regie zu nehmen, d. h. das gesamte finanzielle Risiko selbst zu tragen und den Direktor gegen festes Gehalt anzustellen. Angesichts der der Stadt in den nächsten Jahren erwachsenden allgemeinen Lasten und Opfer ist es nicht möglich, den jährlichen Theaterzuschuß (von bekanntlich 200 000 Mark) sehr wesentlich zu erhöhen. Der Magistrat hat sich den Bestrebungen der Bühnenangehörigen trotzdem — wie es in der Begründung heißt — nicht verschlossen und erklärt seine Bereitwilligkeit, den Forderungen Rechnung zu tragen. Voraussetzung hierzu ist allerdings, daß der Theaterdirektor möglicherweise ganz und gar auf seinen Reingewinn verzichtet, jedenfalls in demselben Maße, wie die Stadt ihren relativen Ueberschuß preisgibt. Bis zum 1. Mai 1919 lassen sich die Wünsche der Bühnenangestellten voraussichtlich ohne sonstige Zuschüsse erfüllen. Sollten die Betriebseinnahmen sich binnen Kurzem erheblich vermindern, so könnte der Ueberschuß aus der Spielzeit 1917/18 den Ausfall decken. Dem Theaterdirektor bleibt der Betrag von 15 000 Mark seitens der Stadt gewährleistet. Ueber die Zeit vom 1. Mai hinaus — so betont die Vorlage — verbietet die Ungewißheit der Verhältnisse jede Verfügung.

Der Haushalts-Ausschuß hat auf Grund eingehender Besprechung den Beschluß angenommen, den Theaterdirektor zu ermächtigen, den oben bezeichneten Forderungen 3 bis 6 zu entsprechen, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1918 bis 1. Mai 1919, hinsichtlich der Orchestermitglieder bis zum Ablauf ihrer ganzjährigen Verträge, die Mehraufwendungen durch die Betriebseinnahmen der Spielzeit 1917/18 zu decken und dem Theaterdirektor für die gegenwärtige Spielzeit ein Mindestgehalt von 15 000 Mark zu gewährleisten.

Es wurde einer Resolution zugestimmt, die für den Modus ganzjähriger Verträge eintritt, die jedoch erst später abgeschlossen werden sollen.

*

Der Haushalts-Ausschuß stimmte weiter u. a. der Erhöhung der Badepreise und Leihgebühren um durchweg 50 Prozent zu und nahm eine Vorlage an, für das Pflegeheim und für das Kinderheim vom Roten Kreuz Wäschestücke im Werte von 11 288 bezw. 2500 Mk. zu beschaffen. Ferner wurde der Zahlung von 15 000 Mark aus dem Kriegsfonds an den Arbeiterrat und von 6400 Mk. für verausgabte Ausgaben zugestimmt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901311-19/fragment/page=0003

Aus der Beamten-Bewegung

Die Aussichten auf Gehaltserhöhungen.

Leider hat sich ein Teil der Eisenbahnunterbeamten den streiklustigen Eisenbahnarbeitern angeschlossen. Die Tätigkeit des aus dem neuen großen Eisenbahnbeamtenbunde hervorgegangenen Beamtenrats ist aber darauf gerichtet, zwischen der Eisenbahndirektion und dem unter dem Einfluß des Unabh. Soz. Hennig stehenden Streikkomitee zu vermitteln, um den Ausbruch eines Eisenbahner-Aufstandes mit seinen schlimmen Folgen für die gesamte deutsche Wirtschaft und unsere ohnehin gefährdete Volksernährung nach Möglichkeit zu verhüten. Manche Eisenbahnarbeiter sehen schon jetzt ein, daß die fortgesetzten Lohnerhöhungen ihnen schließlich selbst verhängnisvoll werden müssen. So konnte neulich bei den Verhandlungen mit dem Vertreter des Eisenbahnministers in Halle ein Bahnmeister berichten, seine Leute hätten gemeint, das 400 Millionengeschenk vom 1. Dezember v. Js. hätte sie keineswegs erfreut, denn wir wären auf dem besten Wege, dem Staatsbankerott entgegen zu treiben! So urteilen heute bereits verständige Eisenbahnarbeiter. Die Vertreter des Beamtenbundes haben denn auch dem Vertreter des Eisenbahnministers in jener Verhandlung unumwunden erklärt, die Lohnerhöhung der Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter vom 1. Dezember v. Js. sei ein verhängnisvoller Fehler gewesen. Die Beamtenschaft sei infolge der letzten großen einmaligen Zuwendungen durchaus zufrieden gewesen, so daß das neue 400 Millionengeschenk an die Eisenbahnarbeiter wie ein Schlag auf die Stimmung der Beamten gewirkt habe. Greifbare Gründe zu diesem neuen Geschenk an die Arbeiterschaft hätten nicht vorgelegen, lediglich die Angst vor dem Generalstreik hätte die Regierung zu diesem Schritt veranlaßt. Das müsse auf die Erhaltung von Autorität und Disziplin schwer beeinträchtigend wirken. Erst die Zusicherung des Regierungskommissars, der Minister werde zum Ausgleich gegen die gesteigerten Arbeiterlöhne nach Kräften bestrebt sein, eine allgemeine Neuregelung der Beamtenbesoldungsverhältnisse durch besonderes Gesetz ab 1. April 1919 nötigenfalls rückwirkend von diesem Tage ab bei den zuständigen Stellen zu erreichen, beruhigte einigermaßen die erregten Gemüter der Beamten. Für die Zeit bis 1. April 1919, so hieß ferner der Eisenbahnminister versichern, wird die Eisenbahnverwaltung versuchen, eine Erhöhung der laufenden Kriegsbeihilfen bezw. Teuerungszulagen für die Staatsbeamten durchzusetzen. Man fragt sich jedoch, woher der preußische Staat die hierzu notwendigen Mittel nehmen und wohin es führen soll, wenn die Staatsregierung unberechtigten Lohnforderungen der Arbeiter gegenüber nicht endlich fest bleibt!

Die gesamte Beamtenschaft, höhere, mittlere und untere — das ist eine Forderung des Augenblicks — muß hinfort einig und fest zusammenstehen, damit die Behörden das so notwendige Selbstvertrauen zum Heile von Volk und Staat wiedergewinnen.

— **Die Deutschnationale Volkspartei** (Volksverein Halle und Saalkreis) hält am Sonnabend, den 1. Februar, abends um 7½ Uhr im „Mozartsaal" eine Mitgliederversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht über die Wahl zur preußischen Landesversammlung. 2. Beschlußfassung über die künftige Vereinstätigkeit.

— **Bezirkskonferenz der A.- und S.-Räte des Regierungsbezirks Merseburg.** In der gestrigen Sitzung wurde die Bildung von Betriebs- und Beamtenräten zum Zweck der Durchführung der Sozialisierung der Bergwerke und Großbetriebe und die Mitwirkung für die Tätigkeit derselben beschlossen. — Der preußische Minister Dr. Oerter hielt ferner ein Referat über Einheitsrepublik und Kleinstaaterei; im Anschluß hieran wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Bezirkskonferenz der A.- und S.-Räte steht auf dem Boden der Einheitsrepublik und ersuche die A.- und S.-Räte, alle Maßnahmen, die zur Sozialisierung notwendig sind, durchzuführen und verwahrt sich gegen das Eingreifen der Regierung Ebert-Scheidemann. Sie wird event. das Selbstbestimmungsrecht erwägen und gegen die Regierung Stellung nehmen, und sich der Republik Westdeutschland anschließen." — Ferner machte Genosse Koenen noch bekannt, daß die Bergarbeiter im Halleschen Bezirk bei der Regierung in Berlin beantragt haben, die Essener Wahlordnung auch für den Mitteldeutschen Bezirk einzuführen. Bisher sei eine Antwort nicht eingegangen. Sollte diese bis zum heutigen Freitag nicht eintreffen, so haben die Bergarbeiter des Mitteldeutschen Kohlenbeziers beschlossen, am Sonnabend resp. am kommenden Montag in den Generalstreik einzutreten. (Näherer Bericht folgt.)

— **Die Kriegsbeschädigtensonderlehrgänge am Stadtgymnasium** haben eine starke Erweiterung erfahren. Es bestehen nunmehr für solche früheren Schüler höherer Lehranstalten, die vor ihrer Einziehung zum Heere regelrecht nach Prima versetzt waren, 7 Privatkurse, und zwar 4 für Gymnasiasten, 2 für Oberealschüler, 1 für Realgymnasiasten. Für die nicht regelrecht nach Prima Versetzten bestehen 5 Sekundakurse, und zwar je 2 für Gymnasiasten und Oberrealschüler und 1 für Realgymnasiasten. Eine beschränkte Anzahl Teilnehmer kann noch zugelassen werden, doch nur solche aus Halle selbst oder seiner unmittelbaren Umgebung. Schriftliche Meldungen sind umgehend an das Provinzialschulkollegium Magdeburg zu richten. Beilagen: Lebenslauf, Abgangszeugnis der zuletzt besuchten Schule, militärisches Führungszeugnis, polizeiliches Führungszeugnis für die Zeit zwischen Schule und Heeresdienst. Persönliche Meldungen umgehend beim Direktor des Stadtgymnasiums werktags 12—1 Uhr außer Sonnabends.

— **Grenzschutz und Notprüfung.** Vom Justizministerium sind Bestimmungen erlassen worden, daß die Angehörigen der freiwilligen Grenzschutztruppen unter gewissen Voraussetzungen zu Notprüfungen zugelassen werden.

— **Die Lohnfrage im Gastwirtsgewerbe** ist für Halle bekanntlich in einer dieser Tage abgehaltenen Gastwirtsversammlung neu geregelt worden. Es gelangte ein Tarif zur Annahme, nach dem für die Woche zu zahlen ist: an Oberkellner in Restaurants und Cafés 40—60 Mk., Kellner über 20 Jahre 40 Mk., Kellner unter 20 Jahre 30 Mk. ohne Kost. Oberkellner und Portiers in Hotels sind nach Vereinbarung zu entlohnen, jedoch nicht unter dem Satze der Restaurant-, Ober- und Cafékellner, Hotelkellner erhalten 15 Mk. für die Woche mit Kost und Wohnung, Zapfer und Kassierer am Buffet 45—80 Mk. wöchentlich ohne Kost und Wohnung, Restaurantshausburschen, Silberputzer usw. 40—80 Mk., Mamsells, Buffetfräuleins 40—80 Mk., Zimmermädchen 25 Mk., Dienstmädchen 30—60 Mk. monatlich mit Kost und Logis. Der Tarif, nach dem die Trinkgelder nicht abgeschafft wurden, ist als Uebergangstarif anzusehen, gültig vom 1. Februar ab auf drei Monate.

— **Der Verein ehem. 36er hält am Sonnabend, den 1. Februar,** im „Schultheiß" (Poststraße 5) seine Hauptversammlung ab. Beginn um 7 Uhr abends. Vorstandswahl. Änderung der Satzungen.

— **Das dritte Streichkonzert der Kapelle des Füs.-Regts. 36 am Mittwoch nachmittag in der „Saalschlößbrauerei"** erfreute sich, wie seine Vorgänger, eines regen Besuches. Die beliebte Kapelle gibt in ihren Leistungen dem alten Stande vor dem Kriege nichts nach. Die Wahl der Vortragsfolge zeigte feinen Geschmack und hohes Streben. Der Vortrag von Smetanas großer symphonischer Dichtung „Die Moldau" war eine ganz besonders wohlgelungene Leistung.

Provinz Sachsen

— **Naumburg,** 28. Jan. (Eine Nietzsche-Tafel.) Auf Anregung einer Mitbürgerin hat der Magistrat kürzlich am Hause Weingarten 18 hier eine Inschrift anbringen lassen, die in goldenen Lettern auf schwarzem Grunde ausgeführt ist und wie folgt lautet: „Hier wohnte der Philosoph Friedrich Nietzsche zum Besuche bei seiner Mutter in den Jahren zwischen 1890 bis 1897." Stadtbaurat Hoffeld hat die Hausinschrift entworfen, ausgeführt ist sie vom Bildhauer Horn in Naumburg.

g. **Aus dem Saalkreise,** 29. Jan. (Zur Ausstellung von Saalkarten.) Während früher die geprüften Anträge auf Erteilung von Saalkarten für Verbraucher und auf Erteilung von Sammelsaalkarten unter Mitteilung des Beschlusses erstattet an das Landesamt zur Ausstellung überlassen werden mußten, ist jetzt seitens des Herrn Regierungspräsidenten Herr Oekonomierat Haase in Halle a. S., Landwirtschaftskammergebäude, für den Saalkreis direkt damit betraut worden, so daß dieselben an den genannten Herrn einzureichen sind.

— **Nauendorf** (Saalkreis), 28. Jan. (Einbruch.) Aus dem Hühnerstalle des hiesigen Postvorstehers Nakakowsky wurden in der Nacht vom Montag zum Dienstag 9 Hühner und 2 Zuchtenten durch Einbruch entwendet.

— **Gröbis** b. Nauendorf, 29. Jan. (Einbruch.) Aus dem Gute des Gutsbesitzers Karl Weber hier wurden aus den verschlossenen Ställen in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch 3 Hammel und 4 Zuchtenten gestohlen und an Ort und Stelle gleich abgeschlachtet. Leider ist es bis jetzt immer noch gelungen, die Einbrecherbande abzustoßen.

pk. **Weimar,** 29. Jan. (Postdiebstahl.) Mitten in einer langsichtigen, ziemlich sozialen amtlichen Belästigung hielt sich der Oberpostassistent Hermann Seifert, der am Hiesigen Hauptpostamte angestellt war, zu einem Diebstahl verleiten. Er hatte ein Postpostpäckchen, das eine Landwirtsfrau an ihren Schwiegersohn im Felde senden wollte, auf dem Postamte an sich genommen und geöffnet. Der unbesonnene Beamte wurde jetzt von der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung im Amte zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Gerichtssaal

Schöffengericht in Halle.

Die Ehefrau Anna R. hatte im März 1918 von ihrem Ehemanne der im Osten in einem Lazarettzuge beschäftigt war, einen Schinken im Gewichte von 8 bis 10 Pfund erhalten, den sie unter der Hand für 15 Mark das Pfund verkaufte; weil der Höchstpreis nur 20 Mark betrug und sie den Schinken auch ohne Höchstpreisverkauf abgegeben hatte, so hatte sie einen Strafbefehl über 40 Mark und Einziehung des übermäßigen Gewinnes von 80 Mark erhalten, gegen den sie Einspruch erhoben hatte, so daß sich das Schöffengericht mit der Angelegenheit befassen mußte. Die Beweisaufnahme ergab, daß die Angeklagte den Schinken allerdings verkauft hatte, aber nicht als Händlerin, sie hatte ihn auch nicht etwa ausgehoben, sondern die Käuferin hatte von dem Schinken durch die Kinder der Angeklagten erfahren, die bei ihr und für sie Besorgungen zu machen hatten, da nur zu Ostern 1918 eine Tochter der Angeklagten konfirmiert werden sollte, für die noch keine Kleidung vorhanden war, so wenn die Angeklagte, der Rat erteilt hatte, sie hätte den Schinken lieber mit ihren fünf Kindern verzehrt), die Gelegenheit wahr, verkaufte den Schinken und verwandte den Erlös zur Anschaffung von Konfirmationskleidung für ihre Tochter. Das Gericht berücksichtigte bei der Strafbemessung, daß es sich im vorliegenden Falle nur um ein Gelegenheitsgeschäft handelt und die Angeklagte sich in einer gewissen Notlag befunden hatte und verurteilte sie wegen übermäßiger Preisforderung zu einer Geldstrafe von 10 Mark; bei der Einziehung des übermäßigen Gewinnes im Betrage von 80 Mark mußte es jedoch bleiben.

Volkswirtschaft

Kalisyndikat

Die Gesellschafterversammlung des Kalisyndikats fand in Berlin statt. Der Vorstand berichtete über die trostlose Lage des deutschen Kaligewerbes. Während man im Oktober trotz Arbeiter- und Kohlenmangel noch hoffen konnte, daß der Absatz des Jahres 1918 den des Vorjahres nicht unwesentlich übersteigen und 12 Millionen Doppelzentner Reinkali erreichen würde, brachten die November-Ereignisse eine plötzliche Absatzstockung, die im Dezember zu einer fast vollständigen wurde. Die meisten Kalibergwerke liegen wegen Kohlenmangels still. Die zahlreich aus der Front zurückkehrenden Arbeiter müssen daher trotz wesentlich höherer Löhne unproduktiv beschäftigt werden.

Die zwischen den Kaliwerken und den Gewerkschaften vereinbarten Gehalts- und Lohnbedingungen, welche, abgesehen von der Neueinführung der achtstündigen Arbeitsschicht, auch über Tage, weit über die im Juli vorigen Jahres durch Gesetz festgesetzte Lohnaufbesserung von täglich 3 Mark für Vollarbeiter hinausgehen, werden von den Arbeitern vielfach nicht gehalten, und auf verschiedenen Werken ist es bereits zu Gewaltätigkeiten gekommen. Diese Werke stehen vor der Frage, ihren Betrieb entweder gänzlich einzustellen, oder bei Erfüllung der Arbeiterforderungen dem finanziellen Ruin entgegenzugehen. So kommt es, daß die Kaliindustrie weder gerüstet ist für die gerade in der gegenwärtigen Zeit besonders wichtige Ausfuhr, noch für die Lieferung von Düngemitteln an die heimische Landwirtschaft, die nach wie vor das Rückgrat der deutschen Volksernährung ist und bleiben wird. Die rückständigen Aufträge der deutschen Landwirtschaft, deren Magen sicher die ausbleibende Ware aus allen deutschen Gauen täglich in großer Zahl einlaufen, sind auf 140000 Wagen gestiegen und vermehren sich von Tag zu Tag, — ein Beweis, wie schwer der Kalimangel überall empfunden wird. Die Folgen werden sich besonders bei der diesjährigen Kartoffelernte bemerkbar machen.

Die Gesellschafterversammlung nahm einstimmig folgende Entschließung an: Die Waffenstillstandskommission hat, wie verlautet, in Trier Verhandlungen über deutsche Kalilieferungen nach Amerika gepflogen, ohne daß berufene Vertreter des Kalisyndikats hinzugezogen worden sind, die, zumal bei der gegenwärtig beschränkten Lieferungsfähigkeit der Kaliindustrie, über alle Einzelheiten die erforderlichen Informationen geben konnten. Die deutsche Kaliindustrie lehnt schärfste Verwahrung dagegen ein, daß solche Verhandlungen zum Abschluß gebracht werden, ohne daß ihre Vertreter hinzugezogen werden.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 30. Januar.

Gegenüber der leidlich festen Haltung der letzten Tage hat heute im Zusammenhang mit den besorgniserregenden Nachrichten wegen des Verhaltens der Polen und Gerüchten von beabsichtigten Streiks in Berlin usw. eine ziemliche Verstimmung an der Börse Platz gegriffen. Die Kursbewegung war bei kleinen Umsätzen vorwiegend nach unten gerichtet. Doch hielt sich auf sämtlichen Marktgebieten die Kursbeinbuße in engen Grenzen und ging über 3 Proz. anfangs nicht hinaus. Höher war sie bei Orientbahn- und Rheinmetall-Aktien, welch letztere von einem 19prozentigen Rückgang später 7 Proz. zurückgewinnen konnten. Im Verlauf wurde die Abschwächung und damit der Kursrückgang allgemein, so daß sich beispielsweise bei Bismarckhütte der Rückgang auf 8, bei Bergmann auf 4, bei Gebrüder Böhler und Daimler im ganzen auf nur 6 Proz. erstreckte. Von der schwachen Augemeintendenz machten nur ganz wenige Papiere eine Ausnahme. Von Rentenwerten sind 8prozentige preußische Kriegsanleihe fest, andere heimische Werte unverändert, bezeichnenderweise reichisch-ungarische Renten, doch zeigte sich für Goldanleihe starke Kauflust.

Produktenbericht.

Berlin, 30. Januar.

Infolge des Arbeitermangels in den landwirtschaftlichen Betrieben machen die Drescharbeiten langsame Fortschritte, und die Zufuhren von Brotgetreide sind demgemäß nicht besonders lebhaft. Im allgemeinen haben die Mühlen indes genügend Vorräte, so daß das Mehlgeschäft seinen regelmäßigen Gang behält. Im hiesigen Verkehr mit Futterprodukten macht sich die scharfe Kälte der letzten Tage bemerkbar, als das Geschäft in Rüben fast still wurde. Infolge auf dem Transporte befindlichen Ladungen von Rüben und Kartoffeln dürfte wohl mit einer Beschädigung zu rechnen sein. Nachfrage für Saatgetreide, Klee- und Grassämereien bleibt lebhaft. Serradella ist gut behauptet. Sehr gering bleibt die Zufuhr von Heu und Stroh. Wetter: kalt, bedeckt.

---

* **Die Lage des Arbeitsmarktes** im ganzen Reiche ist, wie vor durch das fortdauernde Anschwellen der Arbeitslosenziffern gekennzeichnet, und zwar sind es in erster Linie die großen Städte und Industriebezirke (Rheinland-Westfalen, Thüringen), in denen die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag größere Dimension annimmt. Die Arbeitsnachweise klagen übereinstimmend, daß die Arbeitslosigkeit ein unüberwindliches Hindernis für die Abwanderung von Arbeitskräften auf das Land sei. Die Landwirtschaft sucht leider wieder auf ausländische Kräfte zurückzugreifen. In Pommern und Schlesien geschieht dies bereits. Schlesien wurde das mangelhafte Angebot von Bergarbeitern teilweise dadurch überwunden, daß man eine größere Menge ausländischer Arbeiter einstellte.

Der Kohlenbergbau liegt ebenfalls noch wie vor unter demselben Druck einer unbereinigten Nachfrage nach Arbeitskräften. In Westfalen wird zwar versucht, die beschäftigungslosen Industriearbeiter in die Bergbaubezirke zu führen, doch ist der Erfolg bisher noch sehr gering.

In der Industrie reicht die Arbeitslosigkeit gelernter und ungelernter Arbeitskräfte zusehends. Facharbeiter jeder Art sind in der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie erheblichem Grade überflüssig. Nachfrage ist besonders in kleinen Orten nach einzelnen Handwerkern vorhanden, vor allem Schuhmacher und Schneider sind überall gesucht. Bäcker und Metzger weisen der Rationierung wegen im ganzen Reich eine großen Prozentsatz Arbeitslose auf. Ebenso unguinstig liegen die Zusammenhang mit der unsicheren wirtschaftlichen Zukunft und Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt der kaufmännischen und technischen Gewerbe ohne jede Aussicht auf eine baldige Besserung der Unterbringung der Stellenlosen in anderen Berufen. Auch die Ablösung des weiblichen Personals der Behörden und Industrieunternehmen durch männliche Stellenlose führt zu keinem durchgreifenden Resultat. Aehnlich ungünstig liegen die Verhältnisse im Gastwirtsgewerbe.

Der weibliche Arbeitsmarkt ist durch die Entlassung weiblicher Arbeiterinnen der Munitionsindustrie sowie der rohstoffarmen Industrie gekennzeichnet. Eine unbereinigte Nachfrage nach weiblichen Kräften ist in der Landwirtschaft vorhanden, die dringend verlangt, daß die während des Krieges in die Stadt abgeströmten ländlichen Frauen wieder in ihre früheren Arbeitsstellen zurückkehren.

chem. **Bohrungen auf Braunkohle, Naßnitz** (Kreis Merseburg), 29. Jan. Bohrungen auf Braunkohle werden gegenwärtig in hiesiger Feldmark in unmittelbarer Nähe der Dorfkaue und des Anengeländes im Waldbezirk ausgeführt. Dieselben beweisen das vorhandene Kohlenlager mit Mächtigkeit und Abbaumöglichkeit zu prüfen. Verschiedene Ländereien sind sowohl in der Feldmark als auch im Anengebiete von einzelnen Bergwerksgesellschaften aufgekauft worden und werden raterweise bebaut.

Keine landwirtschaftliche Arbeitsgemeinschaft! Der Landrat des Kreises Merseburg traten zum zweiten Male zehn landwirtschaftliche Arbeitnehmer und Arbeitnehmer als Vertreter ihrer Verbände zusammen, um die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter für den Kreis Merseburg festzulegen. Da nach fünfstündiger Beratung eine Einigung über die Höhe von Frauenlöhnen infolge prinzipieller Gegensätze nicht zu erzielen war, wurde von der beabsichtigten Gründung einer sogen. landwirtschaftlichen Arbeitsgemeinschaft für den Kreis Merseburg abgesehen. Es sind infolgedessen auch keine Beschlüsse gefaßt und bekannt gegebenen Löhne für die männlichen Arbeiter nicht bindend. Die Festsetzung der Löhne ungefähr liegt bis auf weiteres der freien Vereinbarung.

Berliner Kursberichte

Eisenbahn-Aktien:	
Halberstadt-Blankenb.	92,50
Halle-Reutzteller	77,75
Schantungbahn	119,¼
Allg. Lokal-Str.	139,25
Gr. Berl. Str.	124,—
Magdeburger Str.-B.	181,—
Lux. Prinz Heinrich.-B.	158,25
Orientbahn	165,50
Schiffahrts-Akt.:	
Hamburg. Paketfahrt	92,25
Hamburg.-Südamerika	132,—
Hansa-Dampfschiff	186,—
Nordd. Lloyd	92,—
Banken:	
Bank für Thür.	—,—
Berl. Handelsges.	156,50
Comm u. Diskontobank	129,50
Darmstädter Bank	119,50
Deos. Landesbank	—,—
Deutsche Bank	97,25
Diskonto-Comm.	109,75
Dresdner Bank	147,75
Credit-Anst. Leipzig	148,50
Mitteld. Kreditbank	123,—
Nationalbank	—,—
Oester. Kredit	—,—
Reichsbank	131,—
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	278,—
Akt. f. Anilin	230,50
Allgem. Elektr.-Ges.	178,—
Ammendorfer Papierf.	—,—
Anhalter Kohlenw.	185,—
Annaberger Steingut	174,—
Badische Anilin	206,—
Bergmann-Elekt.-Akt.	140,—
Berl. Maschi.-Ges.	219,75
Bismarckhütte	203,—
Bochumer Gußstahl	197,—
Chem. Fabrik Buckau	123,—
Chem. Grieshein	201,—
Chem. v. Heyden	245,—
Consolidation Schalke	244,50
Crollwitzer Papierfabr.	—,—
Daimler-Motoren	206,—
Deutsch-Luxemburg	123,50
Deutsche Ueberseee-El.	137,—
Deutsche Erdöl	261,—
Deutsche Gasglühl.	304,—
Deutsche Kali	80,—
Deutsche Waff. u. Mun.	185,—
Donnersmarckhütte	243,—
Döring u. Lehrmann	80,—
Dürkopwerke	344,—
Elberfelder Farben	284,75

Felten u. Guilleaume	154,—
Gasmotoren Deutz	119,50
Gebhardt u. Co.	148,—
Gelsenkirch. Bergb.	148,25
Glanziger Zuckerfbr.	—,—
Hallesche Masch.-Fabr.	215,—
Hann. Masch.	315,—
Harpener Berg	167,75
Hasper Eisen	146,—
Hirsch Kupfer	175,25
Höchster Farbw.	—,—
Hoesch Eisen u. Stahl	268,—
Hohenlohe-Werke	—,—
Humboldt-Masch.	143,—
Ilse-Bergbau	201,—
Kahla-Porzellan	208,75
Kaliw. Aschersleben	169,—
Körbisd. Zucker-Akt.	—,—
Kyffhäuserhütte	177,50
Lahmeyer u. Co.	110,—
Lauchhammer	171,—
Laurahütte	—,—
Linke u. Hofmann	207,75
Ludwig Loewe u. Co.	235,—
Lothringer Hütte	143,50
Mannesmannröhren	168,—
Oberschl. Eisenb.-Bed.	142,25
do. Caro Heg.	138,25
do. Kokswerke	211,50
Orenstein u. Koppel	151,—
Phönix-Bergb.	154,50
Rhein. Metall-Vorz.	291,—
Rhein. Stahlwerke	146,—
Riebeck. Montan	188,—
Rombacher Hütten	134,75
Rositzer Braunk.	184,—
Rositzer Zucker	—,—
Sangerhäuser Masch.	—,—
Hugo Schneider u. Co.	204,50
Schuckert u. Co.	139,75
Siemens u. Halske	203,—
Stettiner Vulkan	156,75
Stollberger Zink.	115,—
Strals. Spielkarten	128,—
Thale-Eisenhütte	273,50
Tietzis-Akt.-Ges.	138,75
Türkische Tabakregie	137,25
Ver. Köln-Rottweiler	418,25
Glasstoff Elberf.	174,—
Wegelin u. Hübner	—,—
Wersch.-Weissenf. Brk.	—,—
Westeregeln-Alkali	211,—
Wittener Gußstahl	196,—
Wrede-Mälzerei	119,—
Zeitch.-Krieblisch. Brk.	—,—
Zeitzer Maschi.	294,—
Zellstoff Waldhof	146,—
Otavi-Minen	107,25

Hauptschriftleiter Heinrich Bötticher.
Verantwortlich für den politischen Teil: Heinrich Bötticher; für den lokalen Teil: Albert Meyer; für den provinzielle Nachrichten, Gerichtssaal und Sport und den übrigen redaktionellen Teil: Ferdinand Queisser; für den Anzeigenteil: Paul Serfen, sämtlich in Halle a. S.
Verlag und Druck der Buchdruckerei Fenning Otto Thiele Halle a. S.
Verlagsdirektor Robert Voesch.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191901311-19/fragment/page=0004